

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias Lammert und Adolf Kessel (CDU)
– Drucksache 17/224 –

Einsatz von Streifenbeamten gegen potenzielle Terroristen

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/224** – vom 23. Juni 2016 hat folgenden Wortlaut:

Die Landesregierung hat angekündigt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Streifenbeamte in Rheinland-Pfalz zukünftig auch gegen Terroristen vorgehen können. Im Gegensatz dazu hat das Land Hessen nur einen Teil der Streifenbeamten geschult. Sie sind mit besonders robusten Westen, Helmen und Schutzbrillen ausgestattet und in Interventionsteams eingeteilt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Bis wann will die Landesregierung die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Streifenbeamte in Rheinland-Pfalz zukünftig auch gegen Terroristen vorgehen können?
2. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung dieses Vorhaben umsetzen?
3. Welche Vor- und Nachteile sieht die Landesregierung gegenüber dem hessischen Konzept?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 12. Juli 2016 wie folgt beantwortet:

Die Verantwortung, die Deutschland in der globalen Welt und damit in der weltweiten Sicherheitsarchitektur wahrnimmt, bedeutet auch, mit einer abstrakt hohen Gefährdung durch den internationalen (islamistischen) Terrorismus konfrontiert zu sein. Die damit einhergehende Bedrohungslage umfasst auch die Gefahr von Terroranschlägen in Deutschland. Ziel der jüngsten Anschläge war es insbesondere, durch hohe Personen- und Sachschäden eine größtmögliche Verunsicherung und Beunruhigung der Bevölkerung zu erreichen. Die Anschläge in Frankreich, Dänemark oder Belgien dokumentieren deutlich, dass die Sicherheitsbehörden mit einem veränderten Täterverhalten konfrontiert sind. Die Terroristen verfügen über militärische Waffen und entsprechende Schutzausstattung. Es ist davon auszugehen, dass sie für den sicheren Umgang und Einsatz dieser Tatmittel eine militärische Ausbildung erhalten haben. Die Landesregierung hat sehr schnell auf diese veränderte Sicherheitslage reagiert und mit der Umsetzung eines Sicherheitspakets in Höhe von ca. 1,6 Millionen Euro die Ausstattung der Spezialeinheiten wesentlich verbessert. Darüber hinaus wurden bereits nach den Terroranschlägen vom Januar 2015 auf Bundesebene mögliche Konsequenzen für polizeiliches Handeln und Auswirkungen der Terrorbedrohung auf den Einsatz-, Streifen- und Wachdienst sowie auf die Bereitschaftspolizei erörtert. Diese Ergebnisse und Empfehlungen wurden anschließend in Rheinland-Pfalz bewertet. Dabei wurden insbesondere ein Bedarf an verbesserter Schutzausstattung sowie taktische Anpassungen zur Intervention bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen für potenzielle Erstinterventionskräfte des Wechselschichtdienstes festgestellt. Unter Berücksichtigung dieser Feststellungen ist zur Optimierung der Schutzausstattung für den Wechselschichtdienst die Beschaffung von Schutzwesten mit erhöhter Schutzklasse (schwere Schutzausstattung) und die Beschaffung von ballistischen Halbschalenhelmen vorgesehen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Eine polizeiliche Erstintervention bei terroristischen Anschlägen ist in Rheinland-Pfalz auch derzeit schon möglich. Die bestehenden taktischen Konzepte sowie die Schutzausstattung müssen – wie oben dargestellt – vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und aus dem unverzichtbaren Fürsorgeprinzip des Dienstherrn jedoch optimiert werden. Die taktischen Planungen der Polizei sind weitestgehend abgeschlossen. Darauf aufbauend wird derzeit die Realisierung von ersten Beschaffungsmaßnahmen für die Ausstattung der Funkstreifenwagen geprüft. Wegen der bundesweiten Tendenz, die Beschaffung von Schutzausstattungen zu intensivieren, wird sich der Beschaffungszeitraum an der Marktsituation orientieren müssen. Hinsichtlich eines Zeitfensters können momentan noch keine konkreten Aussagen getroffen werden. Eine zeitnahe Beschaffung wird jedoch angestrebt. Gleichmaßen sind die darauf aufbauenden Fortbildungsmaßnahmen in Vorbereitung.

b. w.

Zu Frage 3:

Das Interventionskonzept orientiert sich an den rheinland-pfälzischen Gegebenheiten. Hierbei wurden insbesondere regionale Aspekte (beispielsweise die Grenznähe) berücksichtigt. Die Erfahrungen anderer Bundesländer sind eingeflossen, eine vollständige Übernahme der Konzepte ist jedoch nicht zielführend. Das Konzept sieht die landesweite Verfügbarkeit entsprechender Interventionskräfte vor und berücksichtigt auch Fälle der „schweren Allgemeinkriminalität“, z. B. Raubüberfälle mit militärischen Waffen. Die Schutzausstattung wird künftig auch in den Funkstreifenwagen mitgeführt und der Ausbildungsplan der Hochschule der Polizei um ein der neuen Bedrohungslage angepasstes Training erweitert.

Roger Lewentz
Staatsminister